

Der internationale Steuerwettbewerb tritt in eine neue Phase

Das große Nullsummenspiel

Steuern sind immer dann gerecht, wenn sie die anderen zahlen. So beurteilen viele Donald Trumps Steuerreform. Es gibt Gewinner und Verlierer: Von Tarifenkungen profitieren in der Regel die am meisten, die auch die meisten Steuern zahlen. Schon Barack Obama wußte, wie antiquiert die Steuerregeln waren – doch erst Trump löst mit der ersten Reform seit 1986 ein Wahlversprechen ein.

Und ob Reiche wirklich zu den Gewinnern der Senkung des Spitzensteuersatzes von 39,5 auf 37 Prozent zählen, ist unklar. Sollten die Abzugsmöglichkeiten praktisch beschränkt werden, könnten auf Millionen in New York, New Jersey und Kalifornien fünfstellige Mehrbelastungen zukommen. Über die Notwendigkeit einer Reform der Unternehmenssteuer herrscht parteiübergreifend Einigkeit. Sie folgt einem Angebotsorientierten Ansatz, der einen Investitionsboom auslösen soll: Senkung der Gewinnsteuern des Bundes auf 21 Prozent (plus Satz der Einzelstaaten), also in etwa zwischen Schweizer und deutschen Sätzen, aber immer noch über Irlands 12,5 Prozent. Die Abwanderungswelle von US-Firmen nach Irland, Großbritannien oder in die Schweiz hat sich bereits in Erwartung der Steuerreform verlangsamt.

Mittelständische Personengesellschaften müssen nur noch 80 Prozent ihrer Gewinne versteuern. Die beschleunigte Abschreibung von Investitionen wird ebenfalls den Investitionsboom fördern. Dazu kommt,



VON  
THOMAS  
KIRCHNER

»Mittelständische Personengesellschaften müssen nur noch 80 Prozent versteuern.«

daß der Anteil von Investitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch immer unter dem Niveau von vor der Finanzkrise liegt. Es besteht also erheblicher Nachholbedarf.

Die gestiegene US-Nachfrage nach Investitionsgütern dürfte sich positiv auf den deutschen Maschinenbau auswirken. Und noch in einer weiteren Hinsicht könnte sich die US-Reform positiv auswirken: Steuersenkungen werden auch in Deutschland wieder salonfähig. Die innenpolitische Bereitschaft zu Umverteilungsphantasien dürfte sinken, der internationale Steuerwettbewerb wird in eine neue Phase eintreten. Denn nicht nur die USA senken Steuern: Australien und selbst das Niedrigsteuerland Hongkong reduzieren, was dem Fiskus zusteht.

Steuersenkungen ohne Maßnahmen auf der Ausgabenseite sind aber letztlich ein Nullsummenspiel, sofern nicht ein gestiegenes Wirtschaftswachstum die Etatdefizite begleicht. Donald Trump läßt immerhin erste Ansatzpunkte von Ausgabendisziplin erkennen. Bei der Beschaffung des neuen Präsidentenflugzeugs Air Force One konnten die Kosten um eine Milliarde gegenüber Obamas Bestellung sinken. Das Pentagon, als Schwarzes Loch des US-Haushalts verschrien, in dem – egal, wer regiert – schon mal ein paar Milliarden Dollar spurlos „verschwinden“ können, wird in diesem Haushaltsjahr erstmals von Rechnungsprüfern überwacht: ein weiterer Grund zur Hoffnung für die US-Steuerzahler.

Deutschland als Zahlmeister der Vereinigten Staaten von Europa

Praktische Konsequenzen

Von Bruno Hollnagel

Während eine geschwächte Angela Merkel immer noch keine neue Regierungskoalition gebildet hat, nutzen Emmanuel Macron und Jean-Claude Juncker das Unvermögen der deutschen Politik: Der französische und der EU-Präsident streben zusammen mit den Südeuropäern die Vereinigten Staaten von Europa an. Beim SPD-Parteitag bekannte sich auch Ex-EU-Parlamentschef Martin Schulz zu diesem Ziel – wer dagegen sei, müsse eben raus aus der EU. Großbritannien – mit 11,5 Milliarden Euro jährlich der zweitgrößte Nettoszahler – will 2019 die EU verlassen. Die Budgetausfälle muß dann unter anderem der größte Nettoszahler Deutschland mit ausgleichen. Ziel der Vereinigungsideen ist, die Nationalstaaten zu entmachten, die EU-Kommission zu stärken, die Finanz- und Wirtschaftspolitik zu zentralisieren – und die Transferunion zu Lasten Deutschlands auszudehnen. Harmonisierung ist das große Ziel. Die Umsetzung wird voraussichtlich über neue Fonds, Beschäftigungsprogram-

me und eine „Sozialunion“ erfolgen. Deutschland läuft Gefahr, die Fähigkeit zu einer positiven Gestaltung der EU zu verlieren. Die nächste GroKo wird bestenfalls die zu erwartenden überzogenen Forderungen der Nettoempfänger etwas abmildern können. Das Ergebnis hatte schon Ludwig Erhard befürchtet: „Wer dieser Harmonisierungstheorie folgt, darf nicht der Frage ausweichen, wer die Opfer bringen und womit die Zeche bezahlt werden soll“, schrieb der langjährige Bundeswirtschaftsminister. „In der praktischen Konsequenz muß ein solcher Wahn naturnotwendig zur Begründung sogenannter ‘Töpfchen’ führen, das heißt von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich aufgepäpelt werden. Das aber sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht im Einklang stehen.“ Die Folgen zu prognostizieren ist kein Hexenwerk: Der Wohlstand wird sinken, denn „man stärkt die Schwachen nicht, indem man die Starken schwächt.“



US-Präsident Donald Trump: Was passiert, wenn GM oder VW und Audi ihre mexikanische Autoproduktion in den USA verzollen müssen?

Das neue Dollar-Paradoxon

Handelspolitik: Trumps widersprüchliche Wirtschaftsstrategie trifft auch Deutschland / Mehr Protektionismus?

DIRK MEYER

Donald Trump hat mit seiner Steuerreform ein wichtiges Vorhaben seiner Agenda durchgesetzt. Die Gewinnsteuern für Unternehmen werden im Schnitt um fast 14 Prozentpunkte gesenkt. Auch die Einkommensteuer für Privathaushalte sinkt. Im Gegenzug müssen Firmen auf Steuervergünstigungen verzichten. Zur weiteren Gegenfinanzierung hofft die US-Regierung auf Wachstumsimpulse, die aber nur etwa ein Sechstel der Steuerausfälle ausgleichen könnten. Der Rest würde über zusätzliche Kredite die Staatsverschuldung erhöhen.

Aus verfahrenstechnischen Gründen wird dieser Bedarf regierungsseitig für die nächsten zehn Jahre insgesamt auf 1,5 Billionen Dollar angenommen, bei einem derzeitigen Schuldenstand von knapp 21 Billionen Dollar. Pessimistischere Schätzungen des Tax Policy Centers prognostizieren eine Neuverschuldung von 2,4 Billionen Dollar. Doch was hat die Steuerreform mit der geplanten Neuausrichtung der US-Handelspolitik zu tun, deren zentrales Ziel im Abbau

eines jahrzehntelangen Leistungsbilanzdefizits besteht? Es zeigt, daß Politik dann zu Widersprüchen führt, wenn volkswirtschaftliche Zusammenhänge mißachtet werden (JF 10/17).

Ersparnisse sind der nicht konsumierte Teil der inländischen Güterproduktion. Eine ökonomische Grundbeziehung besagt, daß die volkswirtschaftlichen Ersparnisse in drei Verwendungen fließen können: Sie finanzieren den Zuwachs des Kapitalstocks durch Investitionen (netto); sie finanzieren die Neuverschuldung des Staates; sie ermöglichen einen Zugriff des Auslandes auf die inländischen Produkte und Dienstleistungen in Gestalt eines Exportüberschusses.

Da die Sparquote in den USA mit fünf bis sechs Prozent nur etwa halb so hoch ist wie die deutsche, ersetzt das Ausland fehlende US-Ersparnisse, indem es über den US-Importüberschuß das Staatsdefizit wie auch die Investitionen mitfinanziert. Seit 1982 weisen die USA ein Leistungsbilanzdefizit aus, das 2016 481 Milliarden Dollar (2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts/BIP) betrug. Das entspricht etwa einem Zehntel der gesamten US-Staatsausgaben. Die Netto-Auslandsverbindlichkeiten summieren sich auf acht Billionen Dollar. Die Steu-

ersenkungen werden das Handelsungleichgewicht noch verschärfen: Indirekt, indem weitere private Investitionen angeregt und die Steuerausfälle das bereits bestehende Staatsdefizit erhöhen werden. Direkt, indem Produktivitätssteigerungen und Wachstum Lohnerhöhungen erleichtern und die steigenden verfügbaren Einkommen über den Importanteil die Einfuhren erhöhen. Die Steuerreform konterkariert das Streben nach einem Außenhandelsgleichgewicht – ein Trumpsches Dollar-Paradoxon.

Unbegrenzte Kreditlinie zu günstigen Zinsen

Bei Trumps national-protektionistischer Außenhandelsstrategie wird die Bedeutung von grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten übersehen. Dies gilt beispielsweise für die Autoindustrie. Fanden beim meistverkauften GM-Kompaktdesign Chevrolet Cruze vor fünf Jahren noch 60 Prozent der Wertschöpfung in den USA statt, so ist diese Rate aktuell auf nur noch 44 Prozent gesunken. Ausgeprägte Verflechtungen bestehen mit Mexiko, General Motors ist der größte Autoproduzent dort. Auch VW (Beetle, Golf, Jetta, Tiguan XL) und Audi (alle Q5-SUV) produzieren in Mexiko. BMW will ab 2019 seine 3er Limousine dort fertigen lassen.

Ein „Handelskrieg“ mit hohen Zöllen oder Importquoten würde internationale Wertschöpfungsketten zerstören und Zulieferprobleme für mehrere Jahre bewirken. Derzeit hängen etwa zwei Millionen Arbeitsplätze in den USA vom Handel mit dem Nachbarstaat ab. Im Grenzgebiet von Texas sind knapp eine Million US-Arbeitnehmer vom Export in den Nachbarstaat abhängig. Besonders deutlich wurden die Abhängigkeiten, als es infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 zu einer kurzfristigen Grenzschließung nach Mexiko kam.

Zudem würde ein Importzoll US-Endproduktionen erheblich verteuern und den amerikanischen Verbraucher

treffen. Wohlfahrtsmindernde Handelsumlenkungen wären ein weiteres Argument gegen Protektionismus: So erließ die Obama-Regierung 2009 Zölle auf den Import chinesischer Autoreifen. Diese wurden dann nicht selbst produziert, sondern teurer aus anderen Ländern importiert – das US-Handelsdefizit stieg. China ergriff Gegenmaßnahmen: etwa Vergeltungszölle auf die Einfuhr von Hühnerfüßen. Zwar fanden die Farmer in Hongkong neue Abnehmer, doch zu geringeren Preisen – das Handelsdefizit stieg weiter.

Eine marktwirtschaftliche Grundregel besagt, daß Mengen- und Preiseffekte entgegengesetzt wirken: Wird etwas teurer, so sinkt die Nachfrage. Ein kurzfristig wirksamer Protektionismus hätte demnach entgegenwirkende Währungseffekte zur Folge. Wenn die Importe sinken, sinkt die Nachfrage nach ausländischen Währungen. Diese werden relativ zum Dollar gesehen billiger, was die US-Importe wiederum günstiger werden läßt und die Exporte in diese Länder verteuert. Der Währungseffekt ist dem Defizitabbau entgegengerichtet.

Die Kehrseite des Leistungsbilanzdefizites sind Dollarguthaben des Auslandes. Mit dem Dollar als Anker- und Weltleitwährung fungieren die USA quasi als internationale Bank: Es besteht eine starke internationale Nachfrage nach risikolosen, sicheren Anleihen, die vor allem festverzinsliche US-Staatsanleihen (Treasury) bieten. Etwa 60 Prozent der amerikanischen Staatsanleihen werden von Ausländern (hauptsächlich China und Japan) gehalten.

Die USA als „sicherer Hafen“ haben eine quasi unbegrenzte Kreditlinie zu günstigen Zinsen. Insofern ist das Handelsdefizit ein direkter Ausfluß der Stellung des Dollars als Weltleitwährung. So wird einen Bedarf an Sicherheit befriedigt und als Gegenleistung genießen die USA eine günstige Verschuldung.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

**Ja, ich werde Förderabonnent!**

Coupon ausfüllen und einsenden:  
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG  
Leserdienst  
Hohenzollerndamm 27a  
10713 Berlin

Rufen Sie gern an:  
Sandra Schulz, Leserdienst  
☎ 030/86 49 53-42  
Fax 030/86 49 53-50

**Ich möchte vom Normal-Abo auf das Förder-Abo umsteigen**

Mit meinem Förderabo (19 Euro vierteljährlich mehr als das Normalabo) unterstütze ich junge Leser der JF, die sich sonst kein Abonnement leisten könnten.

**Anschrift**

\_\_\_\_\_  
Vorname/Name

\_\_\_\_\_  
Straße/Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Datum

**Unterschrift**

**X**

**Junge Leser fördern**

»Wir lesen die JUNGE FREIHEIT, weil sie mutig Themen anpackt, die andere Medien ausblenden.«

**Ins Förder-Abo wechseln**